



*i landdagen
önj e loondäi
im Landtag*

Pressemitteilung

Nr. 022/2021

Kiel, 28.01.2021

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. 0431-988 1383

Ein minderheitenpolitischer Durchbruch

Der NDR muss die Regional- und Minderheitensprachen künftig besser berücksichtigen. Darauf haben sich die Landesregierungen in Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen im neuen NDR-Staatsvertrag verständigt.

Seit vielen Jahren fordern die dänische Minderheit und die Volksgruppe der Friesen eine Berücksichtigung ihrer Sprachen im Programm des Norddeutschen Rundfunks. Passiert ist jedoch wenig bis gar nichts. Das soll sich nun ändern.

In den jüngsten Verhandlungen um den NDR-Staatsvertrag haben sich die Landesregierungen Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen jetzt auf einen gemeinsamen Entwurf verständigt, der jetzt den Landesparlamenten zur Beschlussfassung zugeleitet wird. Demnach sind die Regional- und Minderheitensprachen im NDR künftig "regelmäßig angemessen zu berücksichtigen." Die Initiative dazu kam von der Friisk Foriining und dem SSW:

"Wir haben uns mit diesem Vorschlag an Ministerpräsident Günther gewandt, der ihn wohlwollend aufgenommen und erfolgreich in die Verhandlungen eingebracht hat", erklärt Lars Harms, Vorsitzender des SSW im Landtag.

Dass es nach all den Jahren gelungen ist, alle vier Bundesländer mit ins Boot zu holen, sei nicht weniger als ein Minderheitenpolitischer Durchbruch, so Harms. Von der neuen Regelung sind die Sprachen Plattdeutsch, Dänisch und Nordfriesisch in Schleswig-Holstein sowie Saterfriesisch in Niedersachsen umfasst.

Eine Win-Win-Situation

Dass Inhalte in Regional- und Minderheitensprachen nicht nur ein Gewinn für die Minderheiten, sondern auch für die Sender selbst sein können, lässt sich in Finnland beobachten. "Hier ist es der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Yle durch mehrsprachige Inhalte gelungen, neue Hörer und Zuschauer an sich zu binden und ihre Reichweitenstärke erheblich auszubauen", erklärt Lars Harms.

Auch in Deutschland sind andere Bundesländer schon deutlich weiter: "In Sachsen und Brandenburg sind sorbische Sendungen längst über die Sorbengesetze und in den jeweiligen Staatsverträgen abgesichert und integraler Bestandteil des regionalen Radio- und Fernsehprogramms von RBB und MDR", sagt Harms.

Auch der beratende Ausschuss des Europarats für das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten habe dazu aufgefordert, die Entwicklung friesisch- und dänischsprachiger Fernseh- und Radioprogramme zu unterstützen, um den Bedürfnissen der Angehörigen dieser Minderheiten wirksamer gerecht zu werden.

Minderheiten mit ins Boot holen

Dass die vier Landtage den Entwurf beschließen werden, sei eher Formsache, schätzt Lars Harms die Lage ein.

"Der NDR sollte deshalb schon jetzt die Minderheiten und Sprachgruppen an den Tisch holen, um gemeinsam über Konzepte der Umsetzung zu beraten. Niemand weiß schließlich besser über die Bedürfnisse der Minderheitenangehörigen Bescheid als die Minderheiten selbst".